

WIE EIN ECHT AFRIKANISCHER STAAT AUSSEHEN KÖNNTE

Von Botschafter Pfarrer Joseph Ayok Anei, Leiter für Forschung, Planung und Übersetzung, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Internationale Zusammenarbeit

1. August 2014

Angesichts der Ereignisse des letzten Jahres könnte man meinen, dass die Demokratie im Südsudan gescheitert ist. Ich sehe es jedoch anders. Mir macht das nationale Trauma klar, dass Demokratie gut ist, gleichwohl aber der Zügelung bedarf. Die Mehrheit soll ja das Land leiten, hat sich aber einer guten Verfassung und angemessenen Gesetzen zu unterwerfen.

Ohne Kontrolle und Beobachtung kann die SPLM keine glaubwürdige Mehrheit darstellen. Wir haben gesehen, dass ein Streit innerhalb der Partei dem Lande geschadet und eine Rebellion entfesselt hat. Ein Parteizwist hat das Land mit Kampf überzogen, die Einheit der Republik gefährdet und - schon wieder - die hässliche Seite des Tribalismus gezeigt.

Um das Ziel einer glaubwürdigen, modernen Demokratie zu erreichen, müssen wir die Organisation unseres Regierungssystems überdenken, und dies könnte 7 bis 10 Jahre beanspruchen. Ausgehen soll dieses Überdenken von der Bevölkerung. Die SPLM und andere Parteien sollen sich der nationalen Einheit widmen und unsere Mitbürger über ihre Rechte aufklären. Alle müssen wissen, dass der Reichtum des Landes und dessen Bodenschätze dem Volk gehören, nicht den Politikern. Denn eben dafür hat das Volk gekämpft, eben dafür sind viele unserer Helden gefallen.

Um die Rechte der Bürger zu schützen, brauchen wir starke, unabhängige öffentliche Dienste, das heisst: Dienste, deren einziges Ziel es ist, die Bürgerrechte zu schützen, und die von den Politikern der jeweiligen Regierung unabhängig sind. Dazu gehören eine starke, faire Polizei, die in den Bürgerrechten gegründet und dem Schutz dieser Rechte gewidmet ist; ein unabhängiges Gerichtswesen; und eine Armee – die SPLA –, die unsere Staatsgrenzen und unsere nationale Sicherheit schützt. Ferner brauchen wir ein starkes Parlament mit Gesetzgebern von hoher Qualität, um die Rechte der Bürger aufrechtzuerhalten.

Amtsinhaber dürfen nicht von einträglichen Geschäftsverträgen profitieren. Es ist nur recht, die hohe Bedeutung der Korruptions- und Betrugsbekämpfung zu betonen, und Amtsinhaber haben Rechenschaft über ihre Einkommensquellen abzugeben. Meines Erachtens soll man die Politikerlaufbahn ergreifen, nicht um sich zum Nachteil der Bevölkerung zu bereichern, sondern um dem Volk zu dienen.

Wir müssen vermeiden, Politiker – sogenannte 'historische Figuren' und 'Unentbehrliche' – aufs Podest zu stellen und ihnen den Status der Unantastbarkeit zu verleihen. Wir dürfen nicht eine Oberklasse von Amtsinhabern schaffen, die glauben, über Verfassung und Gesetz zu stehen. Wir alle müssen derselben Verfassung und denselben Gesetzen unterworfen sein. Dafür haben wir ja jahrzehntelang gegen den Norden gekämpft, da die Völker des Südens wie Bürger zweiter Klasse behandelt wurden.

Wenn ich in Juba herumfahre, sehe ich Menschen, die wichtige Ämter bekleiden, in ihren Fahrzeugen. Es ist leicht, sie zu erkennen. Denn sie missachten das Gesetz, fahren zu schnell, verdrängen andere Verkehrsteilnehmer von der Fahrbahn und beschimpfen Bürger, die ihren alltäglichen Geschäften nachgehen.

Es wäre ein kleines aber unmissverständliches Zeichen des Fortschrittes, wenn auf Geheiss von Oben diesem anmassenden Verhalten ein Ende gesetzt werden würde. Es wäre ein Zeichen, dass Amtsinhaber die Rechte der Bürger ernst nehmen.

Wenn wir gerade vom Strassenverkehr reden: Die Strasse, die zum zentralen Marktplatz in Juba hinführt, ist eine Einbahnstrasse, aber Autofahrer fahren darauf in beiden Richtungen – warum? Wenn wir nicht einmal den Verkehr in unserer Hauptstadt in den Griff kriegen, wie sollen wir das ganze Land führen?

Letztendlich muss es unser Ziel sein, ein dauerhaftes System von Gerechtigkeit und Fairness zu gründen. Unser Motto ist „Gerechtigkeit, Freiheit, Wohlstand“. Das sind nicht leere Worthülsen. Nein, es sind Verheissungen, die wir zu erfüllen haben. Sie sollen unserer Bildung zugrunde liegen. Politiker sollen keine Hemmungen haben, das Volk darüber aufzuklären; tun sie es nicht, untergraben sie das Ziel, wofür sie kämpfen. Lieber hätte ich Bürger, die mir sagen, was im Lande falsch läuft, als solche, die sich den Mächtigen blind unterwerfen. Es ist so traurig, von der Erschiessung von Herrn Deng Athouai zu erfahren, der eine führende Figur unserer Gesellschaft war. Verbrechen wie dieses verleihen unserer Regierung und unserem Lande einen schlechten Ruf. Die Redefreiheit ist gottgegeben – wie das Recht zu atmen.

Wir müssen unsere Landsleute so bilden, dass sie in der Lage sind, ihre Volksvertreter sachkundig zu wählen. Sie müssen einsehen, dass die Wahl eines Repräsentanten nicht aufgrund von dessen Stammesangehörigkeit, sondern allein aufgrund des Gemeinwohls zu treffen ist. Anders gesagt: Sie sollen in Betracht ziehen, diejenigen zu wählen, die für Stammesangelegenheiten blind sind und den Südsudan als *eine* Nation sehen.

Unser System ist im Moment das, was ich eine Notfallversion von Demokratie nennen möchte; ein System, das eingeführt wurde, um westlichen Ländern zu gefallen, welche die Demokratie in Afrika befürworten. Wenn am britischen Kolonialismus eine einzige Sache gut war, dann war es, dass seine Regionaldirektoren und Bezirkskommissare die Rolle unserer Stammeshäuptlinge verstanden und anerkannten. Den Stammeshäuptlingen wurde die Vollmacht verliehen, bei internen Streitigkeiten gemäss der Tradition eines gegebenen Stammes zu schlichten. Ferner durften sie Steuern eintreiben. Wir hingegen haben in den letzten Jahren die Rolle der Häuptlinge verwässert, ihre Kompetenzen eingeschränkt und das Ansehen von parteilosen Häuptlingen vermindert. Wir haben zusätzliche Häuptlinge und neue Grafschaften und Payams (örtliche Verwaltungseinheiten) geschaffen, und dadurch die Menschen getrennt und nochmals getrennt. In der heutigen Zeit, da wir die nationale Einheit so sehr benötigen, ist dies einfach falsch. Es ist unklug, von neuen Bundesstaaten und Grafschaften zu reden, wenn wir die Löhne unserer Regierungsbeamten nicht einmal regelmässig auszahlen können.

Die Rolle der Stammeshäuptlinge bleibt wichtig. Sie wissen sehr wohl, wie die ländlichen Stämme funktionieren. Sie sind es, die jahrhundertlang den Frieden zwischen verschiedenen Gruppen bewahrt haben. Wir brauchen ihre uralte Weisheit der Leiterschaft. Es sind die Gebildeten, welche die vielen Trennungen in die Stammeslandschaft eingeführt haben mit den bekannten Folgen, wie zum Beispiel den entsetzlichen Tötungen im Bundesstaat der Seen und anderswo. Wir müssen eine ausgeglichene Art finden, die Staatsmacht zu teilen. Während wir mit der modernen Regierungsweise vertraut werden, sollen wir ebenfalls vom Stamessystem lernen, bis wir den Punkt erreichen, wo die zwei Systeme zusammengeführt werden können, um eine echte südsudanesisch-afrikanische Demokratie zu schaffen. Von beiden – von unserem afrikanischen Erben und von

der modernen, westlichen Welt – können wir lernen und das Beste nehmen. Wir haben so viel, das wir den Westen lehren können, und wir lernen selber vom Westen. Die Welt, in der wir leben, ist global. Die Kommunikation ist immer schneller und die Welt immer kleiner.

Wir geben unseren Politikern zu viel Macht ohne Gewaltenteilung oder Kontrolle, was dazu geführt hat, dass unsere politischen Ideale geschwächt werden und Politiker beginnen, ihre Verwandten, Stammesgenossen und Landsleute zu begünstigen (Korruption), um im eigenen Wahlkreis beliebt zu sein. Dadurch werden solche, die diese Staatsaufgaben bestens meistern könnten, ausgeschlossen. In einer Kultur, welche die Treue nicht zum Staat sondern zu einer Persönlichkeit fordert, scheint ein solcher Missstand unvermeidbar zu sein. Wir müssen diese Kultur ändern.

Viele junge Leute mit Auslandserfahrung, die fähig sind und den Südsudan lieben, kehren ihrer Heimat erneut enttäuscht und traurig den Rücken zu, wenn sie sehen, wie wir miteinander umgehen.

Angesichts der gegenwärtigen Debatten darüber, wie die Dezemberrebellion zu bewältigen und wieder eine friedvolle Koexistenz zu erlangen ist, ist es wichtig, dass Politiker sich überlegen, wie kurzfristige Praktiken geändert und längerfristige Strategien für die Schaffung eines modernen Staates aufgegleist werden können. Wir brauchen Systeme, bei denen die Regierung fähige Leute zu Staatsämtern beruft – Menschen, die wissen, woher sie kommen und wohin sie unterwegs sind, und die in der Lage sind, den eigenen Teil des Regierungsprogramms abzuliefern. Diejenigen, die im Exil leben, müssen wir zurückrufen; denn wir brauchen sie.

Die Regierung braucht Leute, die fähig sind, Basisdienste zu liefern und strategische Prioritäten zu entwickeln – all das also, was einen modernen Staat ausmacht. Schlüsselaspekte sind:

-Nahrungssicherheit. Unser Volk ist durch Hungersnot jährlich bedroht. Menschen zu ernähren, sie zu lehren, sich selber zu ernähren, und sie in der Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung zu bilden – das sind Grundaufgaben eines jeden Staates.

-Der Wohnungsbau.

-Gesundheit und Sozialhilfe. In einem Land, das erst neulich in einen Krieg verwickelt war, sind sie besonders wichtig.

-Bildung. Unsere Schulen müssen getrimmt werden, um Menschen in den Bereichen Krankenpflege, Schulunterricht, Landwirtschaft, Verwaltung, Informatik, Wohnungs-, Strassen- und Brückenbau und Stromerzeugung auszubilden. Mit solchen Schulen könnten wir innerhalb weniger Jahre eine fähige Arbeiterschaft und steigende Beschäftigung hervorbringen.

Aber wenn wir weiterhin Leute nur deshalb einstellen, weil sie mit uns verwandt oder unsere Stammesgenossen sind, und nicht, weil sie fähig sind oder etwas bieten können, dann werden wir nicht in der Lage sein, einen modernen Staat aufzubauen und unsere gegenwärtigen Probleme zu lösen.

Die Regierung muss die Bürger auf ein klares, robustes Programm der nationalen Erneuerung einstimmen, dem sich alle Menschen widmen können, und sie dabei ablenken von den kleinen Stammesdifferenzen und politischen Angelegenheiten, die momentan übertrieben werden wegen fehlender Hoffnung für die Zukunft und mangelnden Vertrauens in ihre Politiker.

Manchmal laufe ich in Juba oder ausserhalb der Stadt herum und setze mich unter einem Mangobaum, um eine Tasse Tee zu trinken und mich mit den Leuten

zu unterhalten. Einerseits sind sie über den Zustand des Landes verzweifelt, aber in ihren Augen mache ich die Unverwüstlichkeit der Südsudanesisen aus und erhasche einen Schimmer Hoffnung in ihrer Körperhaltung, welche die stolze Körperhaltung eines Südsudanesisen ist. Einmal hat eine Teeverkäuferin mich unter einem Mangobaum gefragt, „Was ist das Problem? Warum tun wir uns das alles nur an? Wir haben ein schönes Land und ein herzengutes Volk. Ich verstehe nicht, warum wir miteinander so kämpfen.“ Ihre Worte gaben mir die Hoffnung und die Entschlossenheit, weiterhin meinem Land zu dienen, wie auch immer ich nur kann.

Ich denke, wir müssen uns vergegenwärtigen, dass, was auch immer unsere Lebensumstände sind, wir alle Diener dieses Landes sind, für das wir so viel geopfert haben, damit wir das werden, was wir heute sind: eine Nation. Es ist wichtig, dass die Regierung dies der Weltöffentlichkeit erklärt. Wir müssen uns nicht schämen. Jahrzehntlang kämpften wir um unsere Unabhängigkeit, und der Westen soll wissen, dass *wir* es sind, die uns am besten kennen. Es ist wichtig, dass die AU (Afrikanische Union), UNO, EU und USA mit uns zusammenarbeiten und uns nicht eine spezifische Form der Demokratie diktieren, die gut sein mag, aber im Moment schwierig wäre für uns zu implementieren. Eine Demokratie aufzubauen braucht Zeit, sie kann nicht von heute auf Morgen entstehen. Unser Volk muss verstehen, was an einer Demokratie gut, was daran schlecht ist. Wir alle müssen verstehen, dass jeder und jede unser Land liebt und unentbehrlich ist, einfach deshalb, weil jeder und jede von uns unterwegs zur Unabhängigkeit geliebte Familienmitglieder verloren hat.

Kein Land ist perfekt, aber lasst uns zusammenarbeiten, um ein Land zu schaffen, das für *uns* perfekt sein wird, wenn wir uns nur zusammenschließen, um unsere alltägliche Probleme zu lösen. Wir sollen darin fortfahren, eine Demokratie zu entwickeln, die unserer Kultur und Lebensweise entspricht. Lasst uns zusammenstehen und Präsidenten und Regierung unterstützen, indem wir gemeinsam für den Frieden arbeiten. Es wäre falsch, die Absetzung unseres allerersten Präsidenten zu fordern – die Geschichte zeigt, dass, beginnt man einmal unsere Politiker mit Zwang abzusetzen, dies zur Gewohnheit wird. Zu einer Art Flucht. Wie gesehen in Zaire, Ägypten, Irak, Libyen.

Zaire hat sich von der Absetzung und Ermordung von Patrice Lumumba, dem ersten zaïrischen Präsidenten, nie erholt. Ägypten, das in Aufruhr steht, hat sich von der Ermordung von Anwar Sadat nie erholt. Irak nach der Hinrichtung von Saddam Hussein ebenfalls nicht, Libyen nach der Beseitigung von Gaddafi auch nicht.

Lasst uns also nicht den Weg der Absetzung beschreiten. Vielmehr sollen wir unsere Politiker beraten und anweisen, friedfertig das Richtige zu tun. Wenden wir uns von der Gewalt ab, denn wir haben sie satt. Ich bitte Dr. Riek und seine Anhänger, alle ihre persönlichen Forderungen fallen zu lassen und sich uns anzuschließen auf dem Weg der Versöhnung und des Dialogs.

Botschafter Pfarrer Joseph Ayok Anei

ayokloewenberg@fastmail.fm